

Und die Chemikalien versickern ...



FOTO: TV / Christian Altmayer

Trier. Rund um viele Flughäfen sind Bäche und Grundwasser stark mit krebserregenden Stoffen verunreinigt. Eine Lösung fehlt – auch, weil der Bund sich querstellt. Umweltschützer sind empört, und die Landeswasserbehörde kündigt rechtliche Schritte an.

Angefangen hat alles mit vertraulichen Unterlagen des US-Militärs, die dem Trierischen Volksfreund 2014 zugespielt wurden. Es handelte sich um Daten von den Grundwassermessstellen rund um die Airbase Spangdahlem. Zahlen, die zeigten, dass das Wasser bis in Tiefen von fast 80 Metern stark mit perfluorierten Tensiden belastet ist. Neue Daten belegen, dass die Schadstoffkonzentration dort 116-mal höher ist, als sie sein sollte. Die Substanzen stehen im Verdacht, krebserregend zu sein und diverse andere Krankheiten auszulösen (siehe Info).

Seitdem ist das Thema in der Öffentlichkeit, und seitdem hat sich herausgestellt, dass keinesfalls nur Spangdahlem betroffen ist. Die ehemalige Airbase Bitburg, der ehemalige Nato-Flugplatz Hahn, die Airbase Ramstein, der Fliegerhorst Büchel sowie die Flugplätze Sembach und Zweibrücken – überall wurden die Schadstoffe inzwischen nachgewiesen. Zum Teil in immens hohen Konzentrationen. Dies geht aus den Antworten auf eine Kleine Anfrage des grünen Landtagsabgeordneten Andreas Hartenfels hervor. Ob auch die ehemals militärischen Flugplätze Mainz-Finthen und Lachen-Speyersdorf betroffen sind, müssen Untersuchungen noch zeigen.

Im Grundwasser bei Ramstein wurden 264 Mikrogramm PFT pro Liter gemessen. Das sind 1147-mal so viele Tenside, wie es laut Richtwert der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser maximal sein sollten (0,23 Mikrogramm PFT/Liter). Bei Bitburg wurde die 469-fache Konzentration des Wertes festgestellt. Glück im Unglück

ist, dass das Bitburger Trinkwasser von einer 70 Meter mächtigen, undurchlässigen Ton-Mergelschicht geschützt ist – und dass es ein gutes Stück nördlich des Flugplatzes gewonnen wird.

Zur Gefahr kann die Verunreinigung nämlich werden, wenn die Stoffe über Grundwasserströme ins Trinkwasser gelangen. Die Wasserwerke der Region nehmen das Risiko sehr ernst und sorgen mit regelmäßigen Analysen vor. Bisher wurden nur minimale und gesundheitlich unbedenkliche Konzentrationen gemessen, zum Beispiel in den Eifelorten Beilingen und Sülz sowie in Brunnen des Kylltals, die auch das Trierer Trinkwasser speisen.

Auch Angelteiche, Bäche und Flüsse rund um die Flugplätze der Südeifel sind um ein Tausendfaches stärker verunreinigt, als sie laut EU-Vorgaben sein sollten. Schon seit Jahren wird untersucht, wo das PFT herkommt und wie es sich ausbreitet. Besonders stark belastet sind die ehemaligen Feuerlöschübungsplätze – und in Spangdahlem auch die Regenrückhaltebecken. Während in Bitburg derzeit weitere Boden- und Gesteinsproben genommen werden, untersuchen die Fachleute in Spangdahlem auch das Entwässerungssystem, über das sich die Substanzen noch immer ungehindert ausbreiten.

Damit sie daran möglichst rasch gehindert werden, hat die zuständige Landeswasserbehörde SGD Nord im Mai Druck aufgebaut: In einer offiziellen Anordnung hat sie die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) aufgefordert, noch dieses Jahr einen Maßnahmenkatalog für Spangdahlem zu erarbeiten, damit schon 2019 begonnen werden kann, die betroffenen Gebiete zu sanieren. Zuständig für die Sanierung und die damit verbundenen Kosten ist eigentlich das US-Militär. Da die SGD ausländischen Streitkräften jedoch generell keine Bescheide schicken darf, hat sie sich an die Bima als Grundstückseigentümerin gewandt.

Das Resultat fiel jedoch anders aus als erhofft. Statt die Forderungen beim US-Militär durchzusetzen, legte die Bima Widerspruch ein. Sie wolle zunächst prüfen, ob die US-Streitkräfte tatsächlich völkerrechtlich zu Untersuchungen und Sanierungen verpflichtet sind, teilt die Bundesanstalt mit.

„Der Bund zieht sich aus jeder Verantwortung zurück. Die legen für die Amerikaner Veto ein, das gibt es doch gar nicht“, schimpft der Binsfelder Umweltaktivist Günther Schneider, der in Sachen PFT auch Sprecher des Bunds für Umwelt- und Naturschutz ist. Es passiere viel zu wenig. „Die Menschen müssen hier mit dem vergifteten Wasser und Erdreich leben, und keiner außer dem Land macht etwas“, sagt er.

Die Landesbehörde kann zwar Wasser untersuchen und Menschen davor warnen, Fische aus den belasteten Teichen und Bächen zu essen oder ihre Gärten mit dem Wasser zu gießen. Ansonsten sind ihr allerdings die Hände gebunden. Zuständig sind nämlich die Grundstückseigentümer, Betreiber oder Nutzer. Im Falle der Bundeswehr sei davon auszugehen, dass diese die Aufgabe in Büchel übernehme, teilt die SGD auf TV-Anfrage mit. Bei den Flugplätzen, die ausländischen Streitkräften überlassen wurden, sei nach völkerrechtlichen Vereinbarungen ausschließlich der Nutzer verantwortlich, Flächen zu

erkunden oder zu sanieren. Allerdings müsse er sich dabei an deutsches Umweltrecht halten. In Spangdahlem oder Ramstein wären dies also die US-Streitkräfte. In Bitburg die Bima als Eigentümerin.

Warum diese Behörde überhaupt Widerspruch gegen die Anordnung der Wasserbehörde eingelegt hat, ist unklar. „Sollten wir in absehbarer Zeit keine Widerspruchsbegründung erhalten, werden wir Fristen setzen und über weitere rechtliche Maßnahmen nachdenken“, heißt es vonseiten der SGD Nord, die möglichst rasch erreichen will, dass von der Airbase Spangdahlem kein PFT mehr ins Umland sickert.

Wie auch immer es weitergeht: Ganz aus der Umwelt verschwinden werden die überaus stabilen Tenside wohl nicht mehr. So hohe Konzentrationen wie rund um die Flughäfen sind zwar nur punktuell zu finden. Allerdings haben EU-weite Messungen laut SGD Nord gezeigt, dass die Stoffe allgegenwärtig sind, da sie seit 50 Jahren in Möbeln, Textilien, Kosmetik oder Imprägniermitteln zum Einsatz kommen.

Daher werde es auch nicht gelingen, die Gewässer so umfassend zu säubern, wie die EU dies gerne sähe. Diese gibt als Umweltqualitätsnorm einen Wert von 0,00065 Mikrogramm PFT pro Liter vor. Utopisch, wenn man sich die tausendfach höheren Werte in der Südeifel anschaut – Belastungen, die die Behörde als besorgniserregend bezeichnet.

Hintergrund

Perfluorierte Tenside können Krebs auslösen

Perfluorierte Tenside (PFT) sind öl-, schmutz- und wasserabweisend sowie hitzebeständig. In Teflonpfannen sind sie ebenso zu finden wie in atmungsaktiven Regenjacken, fettabweisenden Fast-Food-Schalen oder Imprägnierspray. Auch in Feuerlöschschäumen kamen sie bis 2011 vor, da sie sich besonders zur Bekämpfung von Öl-, Benzin- und Kerosinbränden eignen. Bei alledem sind sie nahezu unzerstörbar. Die künstlich hergestellten Fluor-Kohlenstoffverbindungen werden in der Natur nicht abgebaut und reichern sich daher an: in Gewässern, Böden, Tieren, Pflanzen und auch im menschlichen Körper. Als besonders bedenklich gilt Perfluor-Octansulfonsäure (PFOS). Die Verwendung von PFOS ist seit 2008 verboten. Löschsäume dürfen seit 2011 nur noch kleine Mengen der Tenside enthalten.

Sie gelten als krebserregend, fortpflanzungsgefährdend und mäßig toxisch. Zudem stehen sie im Verdacht, die Leber zu schädigen. US-Forscher haben in einer Groß-Studie (C8 Science Panel) 69 000 Menschen befragt, die PFT-belastetes Trinkwasser getrunken hatten. Sie wiesen nach, dass es einen Zusammenhang zwischen der PFT-Konzentration des Blutes und diversen Krankheiten gibt: Erhöhte Blutfettwerte und damit einhergehende Herzprobleme, Schilddrüsenerkrankungen, Dickdarmentzündungen, Hodenkrebs, Nierenkrebs sowie eine Verzögerung der Pubertät sollen von PFT verursacht werden.